Amtsblatt

der Regierung zu Oppeln.

Hierzu: „Oeffentlicher Anzeiger" als Beilage nur für bezugsberechtigte Empfänger.

Stück 6 Ausgegeben Oppeln, den 7. Februar 1920. 1920

Bekanntmachungen für die nächste Nr. sind spätestens bis Dienstag, nachmittags 5 Uhr, der Amtsblattstelle zuzusenden

Inhaltsverzeichnis. Verwaltung der außerhalb im Abstimmungsgebiet liegenden Kreise, S. 53; Betrifft Gewährung von Kriegsteuerungszulagen, Betrifft Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken, stellv. Mitglied des Oberausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden in Preußen, verlorener Führerschein für Kraftfahrzeug, Verlosung, S. 54; Nachweisung von übertragbaren Krankheitsfällen, Betrifft Schles. Kriegsversicherung, S. 55; Verbot der Ausfuhr von Hengsten und Stuten aus den Kreisen Falkenberg usw., gew. Anlage in Sosnitza, Umgemeindung in Jazdorf, konz. Markscheider Klösel, S. 56; Pfandbriefausgabe der Schles. Landschaft für 1919, Landesfinanzamt Oppeln, S. 57; Personalnachrichten, S. 58.

Sonderbeilage: Verteilungsplan des Bedarfs der Ruhegehaltskasse für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen des Regierungsbezirks Oppeln.

96. An die Bevölkerung der Kreise Neiße Stadt und Land, Grottkau, Falkenberg und Neustadt außerhalb des Abstimmungsgebietes.

Da nach den am 9. Januar 1920 in Paris vereinbarten Bestimmungen über den Amtsantritt des interalliierten Ausschusses in Oberschlesien alle Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vom Augenblick der Uebernahme der Regierungsgeschäfte durch den Ausschuß jeden Verkehr mit den deutschen, preußischen oder Provinzialregierungen abzubrechen haben, hat es sich als notwendig erwiesen, die Verwaltung des außerhalb des Abstimmungsgebietes liegenden Teiles des Regierungsbezirks Oppeln außerhalb dieses Ortes einzurichten. Die ursprüngliche Absicht, die Verwaltung dieses Teiles in Neiße einzurichten, ist an der Schwierigkeit der Unterbringung sowie an der Schwierigkeit der Durchführung gescheitert. Dazu kommt, daß ein großer Teil der bis auf weiteres noch ungetrennt verbleibenden Behörden und Einrichtungen der beiden Provinzen Ober- und Niederschlesien sich in Breslau befinden, und auch die kommende Auseinandersetzung dieser beiden Provinzen nur in Breslau durchgeführt werden kann. Mit Rücksicht hierauf haben die zuständigen Zentralbehörden die Verlegung der Verwaltung nach Breslau in das dortige Oberpräsidium angeordnet und mich angewiesen, die Verwaltung von dort aus weiterzuführen, nachdem ich die hiesige Verwaltung dem am 11. d. M. hier eintreffenden Ausschusse übergeben haben werde. Ich bitte hiernach, vom 11. d. M. ab alle Eingaben und sonstigen Schriftstücke an die Regierung Oppeln bezw. an den Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien, Verwaltungsstelle Breslau, nach Breslau I Oberpräsidium zu senden. Ich gebe hierbei der Hoffnung Ausdruck, daß diese besondere Verwaltungsstelle nur von kurzer Dauer sein, und die Abstimmung in den besetzten Gebieten so günstig ausfallen wird, daß der Regierungsbezirk Oppeln und die Provinz Oberschlesien tunlichst in dem alten Umfange von Oppeln aus wieder werden verwaltet werden können.

Oppeln, den 6. Februar 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien.

Bitta,

Regierungspräsident, Geheimer Justizrat.

Bekanntmachungen der höchsten Staatsbehörden.

97. Für die Gewährung der laufenden Kriegsteuerungszulagen nach dem Runderlasse vom 4. 3. 1919 — F. M. I. 3865, M. d. J. Ia 601, M. f. W., K. u. V. Nr. A. 295 — und der allgemeinen Verfügung vom 17. 3. 1919 — J. M. I. 7404 — werden rückwirkend vom 1. Januar 1919 ab mit den Orten der Ortsklasse A des Wohnungsgeldzuschußtarifs noch folgende Orte gleichgestellt:

im Regierungsbezirk Oppeln:

die Städte Beuthen, Kattowitz, Königshütte und Gleiwitz sowie die Gemeinde Hindenburg; Roßberg, Neu Heiduk, Bismarckhütte im Landkreise Beuthen;

Zaborze, Ruda, Biskupitz, Bielschowitz, Paulsdorf, Kunzendorf, Sosnitza im Landkreise Hindenburg;

Domb, Zalenze, Bogutschütz, Myslowitz, Rosdzin, Schoppinitz, Chorzow, Laurahütte, Siemianowitz im Landkreise Kattowitz.

Berlin, den 20. Januar 1920.

Der Finanzminister.

98. Unter Berücksichtigung des Artikels 3 der Verordnung über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und in Apotheken vom 5 Februar 1919 (Reichsgesetzbl. S. 176) und nach Anhörung des Apothekerrats wird der § 40 der Apothekenbetriebsordnung vom 18. Februar 1902 (Minist. Bl. für Med. Ang. S. 64) aufgehoben und durch folgende neue Bestimmung ersetzt:

„§ 40. Apothekern, die ihre Apotheke ohne Gehilfen betreiben, kann auf ihren Antrag durch den Regierungspräsidenten widerruflich gestattet werden, während bestimmter Stunden sich aus der Apotheke zu entfernen, wenn Vorsorge getroffen ist, daß im Bedarfsfalle der Apotheker innerhalb einer Stunde zurückgerufen werden kann.

An Orten mit nur einer Apotheke kann Apothekern, die ihre Apotheke ohne Gehilfen betreiben, durch den Regierungspräsidenten widerruflich gestattet werden, die Apotheke an Sonn- und Feiertagen von 1 Uhr nachmittags an für den übrigen Teil des Tages zu schließen. Die Genehmigung ist davon abhängig zu machen, daß für Notfälle gewisse, nach Art und Menge näher zu bezeichnende Heilmittel jederzeit durch Vermittelung einer zuverlässigen Person erreichbar bleiben.

An Orten mit zwei und mehr Apotheken und in Bezirken, in denen Apotheken verschiedener Orte nicht zu weit von einander entfernt liegen, ist ein Teil dieser Apotheken sowohl an Sonn- und Feiertagen als auch während der Nachtstunden abwechselnd zu schließen. Ueber die Reihenfolge der Schließung entscheidet nach Anhörung der beteiligten Apotheker der Regierungspräsident.

Der Regierungspräsident ist auch befugt, darüber Anordnungen zu treffen, während welcher Abend- und Nachtstunden alle Apotheken für den offenen Verkehr zu sperren, also nur für dringende Fälle zur Abgabe von Heilmitteln auf Anruf dienstbereit zu halten sind.

Durch öffentliche Bekanntmachung an Ort und durch Aushang an der Apotheke ist die Genehmigung oder Anordnung des Regierungspräsidenten zur allgemeinen Kenntnis zu bringen."

Berlin, den 23. Januar 1920.

Der Minister für Volkswohlfahrt.

An die Herren Regierungspräsidenten und den Herrn Polizeipräsidenten in Berlin.

99. Auf Grund der Nr. II der Preußischen Ausführungsanweisung zum Reichsgesetze über die Feststellung von Kriegsschäden im Reichsgebiete vom 3. Juli 1916 (Min. Bl. f. d. inn. Verw. S. 247) ernennen wir in Abänderung unseres Erlasses vom 13. Mai 1919 — Ie 635 — anstelle des Regierungsrats Conrad den Gerichtsassessor von Oertzen in Potsdam zum stellvertretenden Mitgliede des Oberausschusses zur Feststellung von Kriegsschäden in Preußen, abgesehen von den Provinzen Ostpreußen und Westpreußen, in Berlin.

Berlin, den 21. Januar 1920.

Zugleich im Namen des Finanzministers.

Der Minister des Innern.

Bekanntmachungen der Regierung zu Oppeln.

100. Der Führerschein Nr. 377, Klasse 3 b, ausgestellt für Max Zimmermann in Berlin-Steglitz ist verloren gegangen und wird für ungültig erklärt.

Oppeln, den 29. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

101. Der Herr Minister des Innern hat dem Komitee für den Zuchtmarkt für edlere Pferde in Neubrandenburg am 24. Januar 1920 die Erlaubnis erteilt zu der Ausspielung von Pferden, Wagen und Gegenständen, die mit Genehmigung des Mecklenburgischen Staatsministeriums bei Gelegenheit des im Jahre 1920 in Neubrandenburg stattfindenden Zuchtmarktes veranstaltet werden soll, 90 000 Lose im Preußischen Staatsgebiete, und zwar in den Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover, Schleswig Holstein und im Stadtkreise Berlin zu vertreiben.

Die in Preußen zugelassenen 90 000 Lose müssen vor dem Vertrieb dem Polizeipräsidium in Berlin zur Abstempelung vorgelegt werden.

Außerdem müssen sämtliche auszugebenden Lose der Lotterie den Vermerk tragen: „In den preußischen Provinzen Schlesien, Brandenburg, Pommern, Sachsen, Hannover, Schleswig-Holstein sowie im Stadtkreise Berlin nur zugelassen mit Stempel des Polizeipräsidiums in Berlin". Die Ziehung ist mit ministerieller Zustimmung für den 18. Mai 1920 in Aussicht genommen.

Die Ortsbehörden ersuche ich, dafür zu sorgen, daß der Vertrieb der Lose nicht beanstandet wird.

Oppeln, den 31. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

---

102. **Nachweisung**

über die im Regierungsbezirk Oppeln in der Woche vom 25. bis 31. Januar 1920 amtlich gemeldeten Fälle von übertragbaren Krankheiten.

Lfd. Nr.	Kreis	Fleckfieber		Pocken		Diphtherie		Genickstarre		Ruhr		Scharlach		Typhus		Malaria	
		E.	T.	E.	T.	E.	T.	E.	T.	E.	T.	E.	T.	E.	T.	E.	T.
1	Beuthen Land	—	—	12	2	2	1	—	—	—	—	4	1	1	—	—	—
2	Cosel "	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
3	Falkenberg "	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
4	Gleiwitz "	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
5	Grottkau "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
6	Hindenburg "	—	—	1	—	1	—	—	—	1	—	2	—	1	—	—	—
7	Kattowitz "	1	—	3	—	3	—	—	—	—	—	11	4	6	—	—	—
8	Kreuzburg "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
9	Leobschütz "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
10	Lublinitz "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
11	Neisse "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	4	—	—	—
12	Neustadt "	1	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Oppeln "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	2	—	—
14	Pleß "	—	—	1	—	3	—	—	—	—	—	—	—	4	2	1	—
15	Ratibor "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
16	Rosenberg "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	—	—	—	—
17	Rybnik "	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	2	—	1	—	—	—
18	Gr.Strehlitz "	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—
19	Tarnowitz "	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	1	—	3	—	—	—
20	Beuthen Stadt	2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
21	Gleiwitz "	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—
22	Kattowitz "	—	—	—	—	3	—	1	1	—	—	1	—	—	—	—	—
23	Königshütte "	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	1	—	—	—
24	Neisse "	—	—	—	—	2	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
25	Oppeln "	1	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
26	Ratibor "	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Zusammen	5	1	19	2	21	2	1	1	2	—	26	5	25	4	1	—

Bemerkungen: Es sind gemeldet: Die **Fleckfieberfälle** aus: Beuthen 2 E., Siemianowitz, Kreis Kattowitz, 1 E., Schnellewalde, Kreis Neustadt, 1 E. u. 1 T., Oppeln 1 E. Der **Genickstarrefall** aus Kattowitz. Die **Pockenfälle** aus: Godullahütte 5 E., 1 T., Morgenroth 1 E., Lipine 2 E., 1 T., Schlesiengrube 4 E., sämtlich Kreis Beuthen; Hindenburg 1 E., Bogutschütz, Domb und Neudorf, Kreis Kattowitz, je 1 E., Königshütte 1 E., Ellgoth Idaweiche, Kreis Pleß, 1 E., Posnowitz, Kreis Groß Strehlitz, 1 E.

Oppeln, den 3. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

---

103. Betrifft: Schlesische Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit.

Durch den Austausch der Ratifikationsurkunden am 10. Januar 1920 ist der Krieg beendet. Die im § 4 der Bedingungen der Schlesischen Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit für den Krieg 1914 vorgesehene Anmeldefrist von drei Monaten endet mithin am 9. April 1920. Diejenigen Hinterbliebenen gefallener oder an den Folgen einer sonstigen Kriegseinwirkung verstorbener und versichert gewesener Kriegsteilnehmer, die ihre Ansprüche noch nicht geltend

gemacht haben, werden aufgefordert, die **Anmeldung bis spätestens 9. April 1920** bei dem Landeshauptmann in Breslau 2, Landeshaus, zu bewirken. Bis **einschließlich 9. April 1920** noch eintretende **Kriegs**sterbefälle versichert gewesener Kriegsteilnehmer müssen unverzüglich nach eingetretenem Tode bei vorgenannter Dienststelle angemeldet werden.

Die gelösten Anteilscheine und eine große standesamtliche Sterbeurkunde (sog. Reichsformat) sind der Anmeldung beizufügen. Wird der versicherte Kriegsteilnehmer vermißt, so muß in Ermangelung der Sterbeurkunde eine beglaubigte Abschrift des amtsgerichtlichen Urteils, das den Kriegsteilnehmer für tot erklärt, beigefügt werden.

Kriegssterbefälle, auf die schon Abschlagszahlungen gewährt wurden, brauchen **nicht** noch einmal angemeldet zu werden.

Oppeln, den 31. Januar 1920.

Der Regierungspräsident.

104. Anordnung. Auf Grund des § 9 des Ausführungsgesetzes zum Friedensvertrag vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1530), der Bekanntmachung des Herrn Reichswirtschaftsministers vom 2. Dezember 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1938) über die Anforderung von Tieren zur Erfüllung des Friedensvertrages sowie der Ausführungsanweisung des Herrn Landwirtschaftsministers hierzu vom 6 Dezember 1919 verordne ich zur Sicherung der durch den Friedensvertrag auferlegten Ablieferung von Vieh an Frankreich und Belgien was folgt:

§ 1. Die Ausfuhr von Hengsten und Stuten aus den Kreisen Falkenberg, Grottkau und Neiße (Stadt und Land) sowie dem außerhalb des Abstimmungsgebietes gelegenen Teile des Kreises Neustadt OS. wird verboten.

§ 2. Dieses Verbot bezieht sich nicht auf Esel, Maulesel und Maultiere.

§ 3. Ausnahmen von diesem Verbot bedürfen meiner Genehmigung, die durch Vermittlung des zuständigen Kommunalverbandsvorsitzenden einzuholen ist.

§ 4. Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung werden gemäß § 11 des Gesetzes über die Ausführung des Friedensvertrages vom 31. August 1919 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1530) mit Gefängnis und mit Geldstrafe bis zweihunderttausend Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

§ 5. Diese Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft. Sie wird außer Kraft gesetzt, sobald die der Provinz auferlegte Lieferung von Pferden an Frankreich und Belgien gesichert ist.

Oppeln, den 3. Februar 1920.

Der Oberpräsident der Provinz Oberschlesien und Regierungspräsident.

Bekanntmachungen verschiedener Behörden.

105. Die Rütgerswerke Aktiengesellschaft zu Sosnitza beabsichtigen auf ihrem Fabrikgrundstück an der Straße Gleiwitz—Hindenburg in Sosnitza eine Flußsäure und Kryolithfabrik nebst Gipssilo, Maschinenhaus und dazu gehörigen Anlagen zu errichten.

Dieses Vorhaben bringe ich gemäß § 17 der Reichsgewerbeordnung in der Fassung vom 26. Juli 1900 mit dem Bemerken zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen dagegen, soweit sie nicht privatrechtlicher Natur sind, binnen einer Ausschlußfrist von 14 Tagen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung im Amtsblatt an gerechnet, bei dem Herrn Amtsvorsteher in Sosnitza schriftlich in zwei Stücken oder zu Protokoll anzubringen sind und daß nach Ablauf dieser Frist Einwendungen in diesem Verfahren nicht mehr angebracht werden können.

Die Beschreibungen und Zeichnungen liegen im Büro des Herrn Amtsvorstehers zu Sosnitza zur Einsicht während der Dienststunden aus.

Zur mündlichen Verhandlung über die etwaigen rechtzeitig erhobenen Einwendungen habe ich einen Termin auf **Sonnabend, den 24. Februar d. Js., vormittags 10 Uhr,** im Amtslokal des Herrn Amtsvorstehers zu Sosnitza anberaumt, zu welchem der Unternehmer sowohl als auch die Widersprechenden mit der Verwarnung vorgeladen werden, daß bei ihrem Ausbleiben gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden wird.

Hindenburg OS., den 29. Januar 1920.

Der Landrat
und Vorsitzende des Kreisausschusses.

106. Auf Grund des § 2 Nr. 4 der Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 hat der unterzeichnete Kreisausschuß beschlossen, daß die in der Grundsteuermutterrolle des Gutsbezirks Jakobsdorf geführte Wegeparzelle Kartenblatt Nr. 1 Parzellen Nr. 98 Gut Jakobsdorf im Umfange von 1,80 ar vom Gutsbezirk Jakobsdorf abgetrennt und mit dem Gutsbezirk Jatzdorf vereinigt wird.

Falkenberg OS., den 29. Januar 1920.

Der Kreisausschuß des Kreises Falkenberg.

107. Der konzessionierte Markscheider Kloesel hat seinen Wohnsitz von Ruda OS. nach Patschkau, Kreis Neiße, verlegt.

Breslau, den 26. Januar 1920.

Oberbergamt.

108. Schlesische Landschaft. Pfandbriefsausgabe vom Jahre 1919.

1. In dem einjährigen Zeitraum von Weihnachten 1918 bis dahin 1919 sind von der Landschaft erworben worden:

A. an Darlehnshypotheken auf **inkorporierten Gütern** und zwar:

a) innerhalb der **ersten Hälfte** ihres Kreditwertes . . . . . 12 710 900 M.
wofür **Pfandbriefe** Lit. A ausgereicht worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	2 792 600 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	1 990 750 M.
zu 4	Prozent verzinslich	7 927 550 M.
	zusammen	12 710 900 M.

b) innerhalb des **vierten Sechstels** des Kreditwertes . . . . . 5 020 250 M.
wofür Pfandbriefe Lit. C ausgereicht worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	1 187 000 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	916 750 M.
zu 4	Prozent verzinslich	2 916 500 M.
	zusammen	5 020 250 M.

B. an Darlehnshypotheken auf **nicht inkorporierten Grundstücken** innerhalb der ersten zwei **Drittel** ihres Kreditwertes (vergl. Beleihungsordnung vom 10. August 1888) . . . . . 8 754 700 M.
wofür Pfandbriefe Lit. D ausgereicht worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	344 800 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	1 264 900 M.
zu 4	Prozent verzinslich	7 145 000 M.
	zusammen	8 754 700 M.

2. In dem zu 1 bezeichneten Zeitraum sind von den Darlehnsschuldnern — außer den von der altlandschaftlichen Pfandbriefschuld abgelösten Beträgen von zusammen 478155 M. — zurückgezahlt worden.

A. Darlehnshypotheken auf **inkorporierten Gütern** und zwar:

a) der ersten Wertshälfte . . . . . 2 821 850 M.
wofür an Pfandbriefen Lit. A aus dem Umlaufe zurückgezogen worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	872 900 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	1 787 900 M.
zu 4	Prozent verzinslich	161 050 M.
	zusammen	2 821 850 M.

b) des vierten Sechstels des Kreditwertes . . . . . 1 528 950 M.
wofür an **Pfandbriefen** Lit. C aus dem Umlaufe zurückgezogen worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	304 750 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	647 800 M.
zu 4	Prozent verzinslich	576 400 M.
	zusammen	1 528 950 M.

B. Darlehnshypotheken auf **nicht inkorporierten Grundstücken** . . . . . 7 515 050 M.
wofür an Pfandbriefen Lit. **D** aus dem Umlauf zurückgezogen worden sind:

zu 3	Prozent verzinslich	1 302 950 M.
zu 3½	Prozent verzinslich	4 808 100 M.
zu 4	Prozent verzinslich	1 404 000 M.
	zusammen	7 515 050 M.

3. Es hat sich hiernach die **umlaufende Pfandbriefschuld** vermehrt:
um 12 902 195 M. bei inkorporierten Gütern, (Rittergütern)
um 1 239 650 M. bei nicht inkorporierten (rustikalen) Grundstücken.

Breslau, am 30. Dezember 1919. Schlesische Generallandschaftsdirektion.

---

109. Auf Anordnung des Herrn Reichsministers der Finanzen habe ich mit Wirkung vom 15. Januar 1920 ab die mir nach der Reichsabgabenordnung (R. G. Bl. S. 1993) zustehenden Geschäfte von den bisherigen Oberbehörden (preußische Regierung, Abteilung III in Oppeln und preußische Oberzolldirektion in Breslau) übernommen.

Oppeln, den 5. Februar 1920.

Der Präsident des Landesfinanzamts Oppeln in Oppeln.

110. Personalnachrichten

der Regierung zu Oppeln.

Bestätigt: die Wahl des Kaufmanns Reinhold Freihöfer in Groß Strehlitz zum unbesoldeten Beigeordneten, die Wahl des Rechtsanwalts und Notars Erwin Reisky zum Beigeordneten und des Regierungsbaumeisters a. D. Georg Hoppe, des Rentiers Karl Naschler, Apothekers Ernst Hoffmann und Lehrers Alfred Kist in Konstadt zu Ratsmännern.

Vom Oberpräsidenten der Provinz Oberschlesien.

Ernannt: Regierungsrat von Stutterheim zum ordentlichen Mitgliede des Provinzialrates der Provinz Oberschlesien und Regierungsassessor Dr. Freytag zu seinem Stellvertreter.

Vom Provinzial-Schulkollegium Breslau.

Ernannt: Prorektor Professor Drutschmann in Breslau zum Seminardirektor vom 30. v. Mts. ab mit Uebertragung des Direktorats des Lehrerseminars in Rosenberg vom 1. d. Mts. ab, Studienassessor Dr. Alfred Piontek zum Oberlehrer an dem Realgymnasium in Ratibor, Studienassessor Dr. Karl Mokroß in Myslowitz zum Oberlehrer am Gymnasium in Oppeln vom 1. Januar 1920 ab.

Versetzt: Oberlehrer Hahm in Jauer zum 1. April 1920 an das staatliche Gymnasium in Ratibor, Oberlehrer Peter Hoffmann in Strehlen ab 1. 4. 1920 an das Gymnasium in Leobschütz.

111. Bestätigt: die Wahl des Gerichtsobersekretärs Springer zum unbesoldeten Beigeordneten und des Kreisschulinspektors Schulrats Bruhy, des praktischen Arztes Dr. Groeger, des Vorschußvereinsdirektors Spitz und des Lokomotivführers a. D. Stein in Cosel zu unbesoldeten Ratsherren, die Wahl des Maurermeisters Skaletz, des Kaufmanns Schweitzer, des Maurer- und Zimmermeisters Lederer, des Rentiers Neuhaus, des Gerichtssekretärs Wenger und des Buchhalters Ritter als unbesoldete Stadträte der Stadt Kreuzburg, die Wahl des Bürgermeisters Czerwinski zum Bürgermeister der Stadt Konstadt OS.

Vom Provinzial-Schulkollegium Breslau.

Ernannt: Studienrat Max Hanisch in Beuthen zum Gymnasialdirektor am Gymnasium in Gleiwitz vom 1. Januar 1920 ab, kommissarischer Religionslehrer Paul Gotschalk in Gleiwitz zum Ober- und Religionslehrer an der Oberrealschule und an dem Gymnasium in Gleiwitz vom 1. Oktober 1919 ab.

112. Personalveränderungen im Bezirke des Oberlandesgerichts Breslau.

Referendare.

Ernannt: die Rechtskandidaten Helmut Schmidt, Brodnitz, Dienstfertig, Wehner, Schwerin, Reischauer, Wennrich, Pätzold, Dürschke, Beer.

Uebernommen: Oelsner, Glombik.

Ausgeschieden: Böer, Chromeßka, Janske, Sydow, Simon, Dr. Tikotin, Dr. Raschke, Graf von Schwerin.

Mittlere Beamte.

Ernannt: zum Gerichtskassenrendanten in Königshütte der Amtsgerichtssekretär Förster in Kattowitz; zum Amtsgerichtssekretär: die Aktuare Wiedecke, Mohr, Kurt Kayser, Bernhard Scholz, Köcher, Jakisch, Paul Wystrach II, Hayn in Katscher, Kassel, Nowak, der Landgerichtsassistent Banik aus Gleiwitz in Loslau.

Versetzt: die Amtsgerichtssekretäre Richard Pohl von Trebnitz, Max Krause von Ruhland, Sabath von Grotkau, Wiedecke von Volkenhain, Wolf von Neustadt, Galler von Tarnowitz, Amtsgerichtsassistent Krause von Cosel, nach Breslau, bezw. Grottkau, Volkenhain, Königshütte, Görlitz, Görlitz, Brieg.

In den Ruhestand versetzt: die Amtsgerichtssekretäre Heinrich Scholz in Frankenstein, Landgraf in Reichenbach OL., der Kanzleiinspektor, Kanzleisekretär Buhl in Oppeln, der Gerichtsvollzieher Renner in Breslau.

Gestorben: der Landgerichtskanzlist Trapp in Glogau.

Unterbeamte.

Versetzt: die Justizwachtmeister Kaschuba von Glatz, Unger von Pleß, Becker von Königshütte, nach Loslau bezw. Lublinitz, Glatz.

Die Einrückungsgebühren betragen für die gespaltene Zeile oder deren Raum 80 Pfg. Belegblätter und einzelne Stücke kosten 10 Pf. für jeden angefangenen Bogen, mindestens aber 20 Pf. für jedes Stück des Amtsblatts.
Schriftleitung: Amtsblattstelle der Regierung. — Druck von H. Wollshauser in Oppeln.

Sonderausgabe

zu Stück 6 des Amtsblatts der Regierung zu Oppeln.

Ausgegeben Oppeln, den 9. Februar 1920.

113. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten ändere ich meine viehseuchenpolizeiliche Anordnung vom 1. November 1919, betreffend die Bekämpfung der Beschälseuche im Kreise Neisse ab und ordne folgendes an:

1. Die **seuchenkranken** Stuten sind sofort durch einen leicht sichtbaren Hautbrand in Form eines mindestens 15 cm großen B auf der linken Halsseite **und** Hinterbacke zu kennzeichnen.

2. Die **seuchenverdächtigen** und **ansteckungsverdächtigen Stuten** sind in gleicher Weise aber durch Haarschnitt kenntlich zu machen.

3. Das Decken der unter 1 und 2 aufgeführten und gekennzeichneten Stuten bleibt bis auf weiteres verboten.

4. Für die gesunden, **nicht** gekennzeichneten Stuten wird das Deckverbot aufgehoben.

5. Gesunde, nicht gekennzeichnete Stuten aus den Ortschaften des **gefährdeten** Bezirks, einschließlich ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke im **Landkreise Neisse:** Deutschkamitz, Heidau, Steinhübel, Oberneuland, Kupferhammer, Bielau, Mohrau, Eilau, Preiland, Markersdorf, Lentsch, Bischofswalde, Winnsdorf, Langendorf, Deutschwette, Polnischwette, Dürrkamitz, Altewalde, Neuwalde, Ludwigsdorf, Lindewiese, Greisau, Steinsdorf, Prockendorf, Jäglitz, Rennersdorf, Volkmannsdorf, Ritterswalde, Neunz, Wischke, Kaundorf, Kleinwarthe, Mannsdorf, Oberjeutritz, Rothaus, Riemertsheide, Großneundorf, Weitzenberg, Conradsdorf und Oppersdorf,

der **Stadtkreis Neisse,**

im **Kreis Neustadt OS.:** Schnellewalde, Dittmannsdorf, Riegersdorf, Schweinsdorf und Steinau OS.,

im **Kreis Falkenberg OS:** Kleinschnellendorf Großschnellendorf und Ellguth Steinau dürfen jedoch **nur** auf der Station **Oppersdorf** gedeckt werden.

6. Die Bestimmungen über die Ausfuhr unter Nr. 4 und 5 der eingangs angezogenen Anordnung bleiben für den unter 5 bezeichneten gefährdeten Bezirk bestehen und sind im Beobachtungsgebiet aufgehoben insoweit nicht dort augenblicklich das Ausfuhrverbot wegen der Abgabe von Pferden an den Feindbund in Frage kommt.

7. Die Gestütswärter wie Besitzer der Pferde sind verpflichtet, von verdächtigen Erscheinungen bei Hengsten, wie bei Stuten **unverzüglich** Anzeige zu erstatten. Hierbei verweise ich auf meine gemeinschaftliche Belehrung über Beschälseuche der Pferde, Wesen und Weiterverbreitung meiner Anordnung vom 1. November 1919 (Sonderausgabe zu Stück 45 des Amtsblatts der Regierung in Oppeln).

8. Obige Anordnung tritt nach erfolgter Ausführung der Kennzeichnung in Kraft. Der Termin wird vom Landratsamt sofort bekannt gegeben werden.

9. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach § 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Oppeln, den 7. Februar 1920.

Der Regierungspräsident.

Druck von F. Weilshaeuser in Oppeln.

3ci Dodatek
do Nru 6tego Orędownika Rejencji Opolskiej.

Opole, dnia 27-go marca 1920.

3. Sonderausgabe
zu Stück 6 des Amtsblattes der Regierung zu Oppeln

Oppeln, den 27. März 1920.

Rozporządzenie policyjne o zarazie na bydło.

Dla obrony przeciw wściekliźnie z ustawy §§ 18 ff prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. (R. G. Bl. str. 519) z upoważnieniem pana ministra dla gospodarstwa rolnego, domen i leśnego, postanawiam:

1. Następujące miejscowości włącznie z dworami, kolonjami i z folwarkami stanowią okręg zagrodzenia:

Colonowska, Heine, Myślina, M. i W. Staniszcze, Hrab. Carmerau, Kadłub, Osieka, Łaziska, Petersgrätz, Wierszlesie i Zawadzka. Powiat strzelecki.

Kośmider, Pludry, M. Łagiewniki, Bzinica, Dobrodzień, Ligota i Makowczyce. Pow. lublinicki. Thurzy z Murkowem. Powiat oleski.

Chobie, Friedrichsgrätz (?), Münchhausen (?), Kraszejów i Carmerau (?). Powiat opolski.

W okręgu zagrodzonym wszystkie psy powinno się trzymać w takich miejscach (na łańcuchu uwiązać albo pewnie zamykać), do których cudze psy nie mają przystępu. Taksamo powinno się psy z kagańcem na linie prowadzić.

2. Z okręgu zagrodzenia można psy tylko z pozwoleniem policji i po poprzedniem podszukaniu przez weterynarza wyprowadzić. Kiedy pozwolenie do wypuszczenia psa wydano, powinna być policja miejscowa w miejscu przeznaczenia zawczasu powiadomiona. Podczas przeprowadzenia i w miejscu przeznaczenia pies podlega tym samym warunkom, które były przepisane na miejscu pochodzenia w czasie wyprowadzenia.

Na oddalenie psów z gmin niebezpiecznych mniej jak 24 godzin z powodu przechadzki, wycieczki i. t. p. przepisy powyższe znaczenia nie mają, kiedy psy przytem z miejsca pochodzenia więcej jak 20 klm. nie są oddalone. Takie oddalenia bez pozwolenia policji i bez podszukania weterynarza są wolne tylko pod tym warunkiem, że psy i poza niebezpiecz-

128. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Tollwut wird hiermit auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Ortschaften, einschließlich ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke: Colonnowska, Heine, Mischline, Klein Stanisch, Groß Stanisch, Gräfl. Carmerau, Kadlub, Oschiek, Lafist, Petersgrätz, Wierschlesch und Zawadzki, **Kreis Groß Strehlitz,**

Koschmieder, Pluder, Klein Lagiewnik, Bzinitz, Gutrentag, Ellguth und Makowczyz, **Kreis Lublinitz,**

Thurzy mit Murkau, **Kreis Rosenberg,**

Chobie, Friedrichsgrätz, Münchhausen, Krascheow und Carmerau, **Kreis Oppeln,**

bilden einen Sperrbezirk. In ihm sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen (anzuketten oder sicher einzusperren), die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

2. Aus dem Sperrbezirke dürfen Hunde nur mit polizeilicher Erlaubnis und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung ausgeführt werden. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes rechtzeitig zu benachrichtigen. Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende, weniger als 24 Stunden dauernde Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten, sofern die Hunde hierbei nicht mehr als 20 km in der Luftlinie vom Herkunftsorte entfernt werden. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem

nym okręgiem w kaganiec zaopatrzone i na lince prowadzone być muszą.

3. Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

4. Przy wyjściach dworców kolejowych w okręgu zagrożonym powinno się na miejscach widnych umieścić tablice z napisem wyraźnym: „zamknięcie psów".

5. Psy, które naprzeciw niniejszego rozporządzenia będą natrafione, wolno zaraz zabić albo uwięzić. Policja miejsca rozsądzi zabicie psów. Prócz żandarmów i urzędników policji także myśliwi i strażnicy leśni i polni, jako też urzędnicy graniczni przy wykonywaniu swojej służby mają prawo psy zastrzelić.

6. Powyższe rozporządzenia mają natychmiast ważność i zatrzymają znacznie aż do 19-go maja br.

7. Postępowania przeciwko powyższym rozporządzeniom będą według §§ 74—77 prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. karane.

Opole, dnia 16-go marca 1920 r.

Prezydent rejencji.
I. V.: Tidick.

Rozporządzenie policyjne o zarazie na bydło.

Dla obrony przeciw wściekliźnie z ustawy §§ 18 ff prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. (R. G. Bl. str. 519) z upoważnieniem pana ministra dla gospodarstwa rolnego, domen i leśnego, postanawiam:

1. Następujące miejscowości włącznie z dworami, kolonjami i z folwarkami stanowią okręg zagrodzenia:

Kobylno, Ligota Turawska, Zakrzów Turawski, Kadłub Turawski, Ozimek, Węgry, M. Kotórz, Turawa, W. Kotórz, Friedrichsfelde (?), Dyloki, Biestrzynik, Izbicko, Lędziny, Tempelhof (?), Szczedrzyk, Schodnia, Chobie, Friedrichsgrätz (?), Suchybór, Chrąsty, Dębska Kuźnia, Malapana, Antoniów, Hüttendorf (?), Münchhausen (?), Kraszejów, Falmirowice, Dębio, Dąbrowice, Daniec, Krzyżowa Dolina, Król. Carmerau (?) — powiat opolski.

Knieja w powiecie oleskim, Myślina, W. i M. Staniszcze, Kolonowska, Hrab. Carmerau (?), sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

3. Im Sperrbezirk ist die **Benutzung der Hunde zum Ziehen** unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden.

Im Sperrbezirk ist ferner die **Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Jagdhunden bei der Jagd und von Polizei- und Zollhunden während ihres Dienstgebrauchs** ohne Maulkorb und Leine unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirke festgelegt werden.

4. An den Ausgängen der in den Sperrbezirken vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

5. Hunde, die obigen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu töten oder einzufangen. Ueber die Tötung eingefangener Hunde entscheidet die Ortspolizeibehörde. Zum Erschießen der Hunde sind neben den Gendarmen und Polizeivollzugsbeamten, auch Förster, Feld- und Waldaufseher, sowie die Grenzwachbeamten gelegentlich der Ausübung des Grenzschutzes befugt.

6. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. Sie behalten Geltung bis zum 19. Mai 1920 einschließlich.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Oppeln, den 16. März 1920.

Der Regierungspräsident.
J. V. Tidick.

129. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Tollwut wird hiermit auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Ortschaften, einschließlich ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke:

Kobyllno, Ellguth Turawa, Sakrau Turawa, Kadlub Turawa, Königshuld, Wengern, Klein Kottorz, Turawa, Groß Kottorz, Friedrichsfelde, Dyloken, Biestrzinnik, Zbizko, Lendzin, Tempelhof, Sczedrzik, Schodnia, Chobie, Friedrichsgrätz, Derschau, Chronstrau, Dembiohammer, Malapane, Antonia, Hüttendorf, Münchhausen, Kraschcow, Fallmirowitz, Dembio, Dombrowitz, Daniez, Creuztal, Kgl. Carmerau, **Kreis Oppeln,**

Knieja im **Kreise Rosenberg OS.,**

Mischline, Klein und Groß Stanisch, Colon-

Carlsthal (?), Osieka, Kadłub, Grodisko, Borycz, Krośnica w powiecie strzeleckim.

W okręgu zagrodzonym wszystkie psy powinno się trzymać w takich miejscach (na łańcuchu uwiązać albo pewnie zamykać), do których cudze psy nie mają przystępu. Taksamo powinno się psy z kagańcem na linie prowadzić.

2. Z okręgu zagrodzenia można psy tylko z pozwoleniem policji i po poprzedniem podszukaniu przez weterynarza wyprowadzić. Kiedy pozwolenie do wypuszczenia psa wydano, powinna być policja miejscowa w miejscu przeznaczenia zawczasu powiadomiona. Podczas przeprowadzenia i w miejscu przeznaczenia pies podlega tym samym warunkom, które były przepisane na miejscu pochodzenia w czasie wyprowadzenia.

Na oddalenie psów z gmin niebezpiecznych mniej jak 24 godzin z powodu przechadzki, wycieczki i t. p. przepisy powyższe znaczenia nie mają, kiedy psy przytem z miejsca pochodzenia więcej jak 20 klm. nie są oddalone. Takie oddalenia bez pozwolenia policji i bez podszukania weterynarza są wolne tylko pod tym warunkiem, że psy i poza niebezpiecznym okręgiem w kaganiec zaopatrzone i na lince prowadzone być muszą.

3. Używanie psów pociągowych w okręgu zagrożonym pod tym warunkiem wolno, że psy mocno są przywiązane i w kaganiec zaopatrzone. W czasie wolności taksamo psy muszą być na łańcuchu uwiązane.

Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

4. Przy wyjściach dworców kolejowych w okręgu zagrożonym powinno się na miejscach widnych umieścić tablice z napisem wyraźnym: „zamknięcie psów".

5. Psy, które naprzeciw niniejszego rozporządzenia będą natrafione, wolno zaraz zabić albo uwięzić. Policja miejsca rozsądzi zabicie psów. Prócz żandarmów i urzędników policji także myśliwi i strażnicy leśni i polni, jako też urzędnicy graniczni przy wykonywaniu swojej służby mają prawo psy zastrzelić.

6. Powyższe rozporządzenia mają natychmiast ważność i zatrzymają znaczenie aż do 26. maja br.

nowska, Gräfl. Carmerau, Carlsthal, Oschiek, Kadlub, Grodisko, Borrisch, Kroschnitz im **Kreise Groß Strehlitz**,

bilden einen Sperrbezirk. In ihm sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen (anzuketten oder sicher einzusperren), die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

2. Aus dem Sperrbezirke dürfen Hunde nur mit polizeilicher Erlaubnis und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung ausgeführt werden. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes rechtzeitig zu benachrichtigen. Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende, weniger als 24 Stunden dauernde Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten, sofern die Hunde hierbei nicht mehr als 20 km in der Luftlinie vom Herkunftsorte entfernt werden. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

3. Im Sperrbezirk ist die **Benutzung der Hunde zum Ziehen** unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden.

Im Sperrbezirk ist ferner die **Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Jagdhunden bei der Jagd und von Polizei- und Zollhunden während ihres Dienstgebrauchs** ohne Maulkorb und Leine unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirke festgelegt werden.

4. An den Ausgängen der im Sperrbezirke vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

5. Hunde, die obigen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu töten oder einzufangen. Ueber die Tötung eingefangener Hunde entscheidet die Ortspolizeibehörde. Zum Erschießen der Hunde sind neben den Gendarmen und Polizeivollzugsbeamten, auch Förster, Feld- und Waldaufseher, sowie die Grenzwachbeamten gelegentlich der Ausübung des Grenzschutzes befugt.

7. Postępowania przeciwko powyższym rozporządzeniom będą według §§ 74—77 prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. karane.

Opole, dnia 5-go marca 1920 r.

Prezydent rejencji.

I. V.: Tidick.

Rozporządzenie policyjne o zarazie na bydło.

Dla obrony przeciw wściekliźnie z ustawy §§ 18 ff prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. (R. G. Bl. str. 519) z upoważnieniem pana ministra dla gospodarstwa rolnego, domen i leśnego, postanawiam:

1. Następujące miejscowości włącznie z dworami, kolonjami i z folwarkami stanowią okręg zagrodzenia:

Roschkau, Hatsch, Ruderswald, Zabelkau, Annaberg, Sandau, Owschütz, Boleslau, Benkowitz, Kreuzenort, Tworków, Ellguth-Tworkau, Niebotschau, Lubom, Syrin, Bukau, Kamin, Bluschau, Odrau, Olsau, Uhilsko, W. i M. Gorszyce, Belschnitz, Rogi i Kraskowice w pow. raciborskim.

Cziersowice, Krausendorf, Kokoszyce, Syrenka i Zawada w powiecie rybnickim.

W okręgu zagrodzonym wszystkie psy powinno się trzymać w takich miejscach (na łańcuchu uwiązać albo pewnie zamykać), do których cudze psy nie mają przystępu. Taksamo powinno się psy z kagańcem na linie prowadzić.

2. Z okręgu zagrodzenia można psy tylko z pozwoleniem policji i po poprzedniem podszukaniu przez weterynarza wyprowadzić. Kiedy pozwolenie do wypuszczenia psa wydano, powinna być policja miejscowa w miejscu przeznaczenia zawczasu powiadomiona. Podczas przeprowadzenia i w miejscu przeznaczenia pies podlega tym samym warunkom, które były przepisane na miejscu pochodzenia w czasie wyprowadzenia.

Na oddalenie psów z gmin niebezpiecznych mniej jak 24 godzin z powodu przechadzki, wycieczki i. t. p. przepisy powyższe znaczenia nie mają, kiedy psy przytem z miejsca pochodzenia więcej jak 20 klm. nie są oddalone. Takie oddalenia bez pozwolenia policji i bez podszukania weterynarza są wolne tylko pod tym warunkiem, że psy i poza niebezpiecznym okręgiem w kaganiec zaopatrzone i na lince prowadzone być muszą.

6. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. Sie behalten Geltung bis zum 26. Mai 1920 einschließlich.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Oppeln, den 5. März 1920.

Der Regierungspräsident.

J. V. Tidick.

180. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Tollwut wird hiermit auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Ortschaften, einschl. ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke:

Roschkau, Haatsch, Ruderswald, Zabelkau, Annaberg, Sandau, Owschütz, Boleslau, Benkowitz, Kreuzenort, Tworkau, Ellguth Tworkau, Niebotschau, Lubom, Syrin, Bukau, Kamin, Bluschau, Odrau, Olsau, Uhilsko, Klein und Groß Gorschütz, Belschnitz, Rogau und Kraskowitz im **Kreise Ratibor,**

Cziersowitz, Krausendorf, Kokoschütz, Syrinka und Zawada im **Kreise Rybnik,**

bilden einen Sperrbezirk. In ihm sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen (anzuketten oder sicher einzusperren), die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

2. Aus dem Sperrbezirke dürfen Hunde nur mit polizeilicher Erlaubnis und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung ausgeführt werden. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes rechtzeitig zu benachrichtigen. Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn z. B. der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende, weniger als 24 Stunden dauernde Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten, sofern die Hunde hierbei nicht mehr als 20 km in der Luftlinie vom Herkunftsorte entfernt werden. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

3. Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

4. Przy wyjściach dworców kolejowych w okręgu zagrożonym powinno się na miejscach widnych umieścić tablice z napisem wyraźnym: „zamknięcie psów".

5. Psy, które naprzeciw niniejszego rozporządzenia będą natrafione, wolno zaraz zabić albo uwięzić. Policja miejsca rozsądzi zabicie psów. Prócz żandarmów i urzędników policji także myśliwi i strażnicy leśni i polni, jako też urzędnicy graniczni przy wykonywaniu swojej służby mają prawo psy zastrzelić.

6. Powyższe rozporządzenia mają natychmiast ważność i zatrzymają znacznie aż do 8-go czerwca br.

7. Postępowania przeciwko powyższym rozporządzeniom będą według §§ 74—77 prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. karane.

Opole, dnia 16-go marca 1920 r.

Prezydent rejencji.

I. V.: Tidick.

Rozporządzenie policyjne o zarazie na bydło.

Dla obrony przeciw wściekliźnie z ustawy §§ 18 ff prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. (R. G. Bl. str. 519) z upoważnieniem pana ministra dla gospodarstwa rolnego, domen i leśnego, postanawiam:

1. Następujące miejscowości włącznie z dworami, kolonjami i z folwarkami stanowią okręg zagrodzenia:

Annaberg, Pruski Bogumin, Zabelkau i Hatsch.
Powiat raciborski.

W okręgu zagrodzonym wszystkie psy powinno się trzymać w takich miejscach (na łańcuchu uwiązać albo pewnie zamykać), do których cudze psy nie mają przystępu. Taksamo powinno się psy z kagańcem na linie prowadzić.

2. Z okręgu zagrodzenia można psy tylko z pozwoleniem policji i po poprzedniem podszukaniu przez weterynarza wyprowadzić. Kiedy pozwolenie do wypuszczenia psa wydano, powinna być policja

3. Im Sperrbezirk ist die **Benutzung der Hunde zum Ziehen** unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden.

Im Sperrbezirk ist ferner die **Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Jagdhunden bei der Jagd und von Polizei- und Zollhunden während ihres Dienstgebrauchs** ohne Maulkorb und Leine unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirk festgelegt werden.

4. An den Ausgängen der im Sperrbezirk vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

5. Hunde, die obigen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu töten oder einzufangen. Ueber die Tötung eingefangener Hunde entscheidet die Ortspolizeibehörde. Zum Erschießen der Hunde sind neben den Gendarmen und Polizeivollzugsbeamten auch Förster-, Feld- und Waldaufseher, sowie die Grenzwachbeamten gelegentlich der Ausübung des Grenzschutzes befugt.

6. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. Sie behalten Geltung bis zum 8. Juni d. Js. einschließlich.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Oppeln, den 16. März 1920.

Der Regierungspräsident.
J. V. Tidick.

131. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Tollwut wird hiermit auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Ortschaften, einschließlich ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke:

Annaberg, Preußisch Oderberg, Zabelkau und Haatsch, Kreis Ratibor,

bilden einen Sperrbezirk. In ihm sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen (anzuketten oder sicher einzusperren), die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

2. Aus dem Sperrbezirke dürfen Hunde nur mit polizeilicher Erlaubnis und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung ausgeführt werden. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes rechtzeitig zu benachrichtigen.

miejscowa w miejscu przeznaczenia zawczasu powiadomiona. Podczas przeprowadzenia i w miejscu przeznaczenia pies podlega tym samym warunkom, które były przepisane na miejscu pochodzenia w czasie wyprowadzenia.

Na oddalenie psów z gmin niebezpiecznych mniej jak 24 godzin z powodu przechadzki, wycieczki i. t. p. przepisy powyższe znaczenia nie mają, kiedy psy przytem z miejsca pochodzenia więcej jak 20 klm. nie są oddalone. Takie oddalenia bez pozwolenia policji i bez podszukania weterynarza są wolne tylko pod tym warunkiem, że psy i poza niebezpiecznym okręgiem w kaganiec zaopatrzone i na lince prowadzone być muszą.

3. Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

4. Przy wyjściach dworców kolejowych w okręgu zagrożonym powinno się na miejscach widnych umieścić tablice z napisem wyraźnym: „zamknięcie psów".

5. Psy, które naprzeciw niniejszego rozporządzenia będą natrafione, wolno zaraz zabić albo uwięzić. Policja miejsca rozsądzi zabicie psów. Prócz żandarmów i urzędników policji także myśliwi i strażnicy leśni i polni, jako też urzędnicy graniczni przy wykonywaniu swojej służby mają prawo psy zastrzelić.

6. Powyższe rozporządzenia mają natychmiast ważność i zatrzymają znacznie aż do 10-go czerwca br.

7. Postępowania przeciwko powyższym rozporządzeniom będą według §§ 74—77 prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. karane.

Opole, dnia 17-go marca 1920 r.

Prezydent rejencji.

I. V.: Tidick.

Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende, weniger als 24 Stunden dauernde Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten, sofern die Hunde hierbei nicht mehr als 20 Km in der Luftlinie vom Herkunftsorte entfernt werden. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

3. Im Sperrbezirk ist die **Benutzung der Hunde zum Ziehen** unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirk festgelegt werden.

Im Sperrbezirk ist ferner die **Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Jagdhunden bei der Jagd und von Polizei- und Zollhunden während ihres Dienstgebrauchs** ohne Maulkorb und Leine unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirk festgelegt werden.

4. An den Ausgängen der im Sperrbezirk vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

5. Hunde, die obigen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu töten oder einzufangen. Ueber die Tötung eingefangener Hunde entscheidet die Ortspolizeibehörde. Zum Erschießen der Hunde sind neben den Gendarmen und Polizeivollzugsbeamten auch Förster, Feld- und Waldaufseher, sowie die Grenzwachbeamten gelegentlich der Ausübung des Grenzschutzes befugt.

6. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. Sie behalten Geltung bis zum 10. Juni d. Js. einschließlich.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juli 1909 bestraft.

Oppeln, den 17. März 1920.

Der Regierungspräsident.
J. V. Tidick.

Druck von F. Heilshausen in Oppeln.

4ci Dodatek

do Nru 6tego Orędownika Rejencji Opolskiej.

Opole, dnia 16-go kwietnia 1920.

Rozporządzenie policyjne o zarazie na bydło.

Dla obrony przeciw wściekliźnie z ustawy §§ 18 ff prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. (R. G. Bl. str. 519) z upoważnieniem pana ministra dla gospodarstwa rolnego, domen i leśnego, postanawiam:

1. Następujące miejscowości włącznie z dworami, kolonjami i z folwarkami stanowią okręg zagrodzenia:

Marienfeld, Tuły, Laskowice, Trebiczyn, Wielkie Lasowice, Sausenberg, Folwark Kamieniec, Chudoba, Wędriny, Dobra Kiełbaszyn, Grunowice z Skorkowem, Małe Lasowice, Schiorke, Koczanowice, Jaschine, Carlsgrund, Basan, Bodland, Bodland Szklarnia, Bodland Domena, Bodland Myśliwski-zamek, Kraskau, Kolonja Kraskau, Kraskau Nowydwór, powiat oleski, — Kolonja Frei-Tschapel, Dolna Ligota, Ulrichsdorf, Kluczborek, Zamek Ligota, Kunów, powiat kluczborski, — Bierdzany, Niewa, Podwiłś, Nowe i Stare Budkowice, Dębienice, Georgenwerk i Süssenrode, powiat opolski.

W okręgu zagrodzonym wszystkie psy powinno się trzymać w takich miejscach (na łańcuchu uwiązać albo pewnie zamykać), do których cudze psy nie mają przystępu. Taksamo powinno się psy z kagańcem na linie prowadzić.

2. Z okręgu zagrodzenia można psy tylko z pozwoleniem policji i po poprzedniem podszukaniu przez weterynarza wyprowadzić. Kiedy pozwolenie do wypuszczenia psa wydano, powinna być policja miejscowa w miejscu przeznaczenia zawczasu powiadomiona. Podczas przeprowadzenia i w miejscu przeznaczenia pies podlega tym samym warunkom, które były przepisane na miejscu pochodzenia w czasie wyprowadzenia.

Na oddalenie psów z gmin niebezpiecznych mniej jak 24 godzin z powodu przechadzki, wycieczki i. t. p. przepisy powyższe znaczenia nie mają, kiedy psy przytem z miejsca pochodzenia więcej jak 20 klm. nie są oddalone. Takie oddalenia bez pozwolenia policji i bez podszukania weterynarza są wolne tylko pod tym warunkiem, że psy i poza niebezpiecz-

4. Sonderausgabe

zu Stück 6 des Amtsblattes der Regierung zu Oppeln

Oppeln, den 16. April 1920.

132. Viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Tollwut wird hiermit auf Grund der §§ 18 ff. des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Die nachstehenden Ortschaften, einschließlich ihrer Gemarkungen, Kolonien und Vorwerke: Marienfeld, Thule, Laskowitz, Trebitschin, Gr, Laffowitz, Sausenberg, Vorwerk Kaminietz, Kudoba, Wendrin, Gut Kielbaschin, Grunowitz mit Skorkau, Klein Laffowitz, Schiorke, Kotschanowitz, Jaschine, Carlsgrund, Basan, Bodland, Bodland Glashütte, Bodland Domäne, Bodland Jagdschloß, Kraskau, Colonie Kraskau, Kraskau Neuhoff, Kr. Rosenberg OS., Colonie Frei Tschapel, Nieder Ellguth, Ulrichsdorf, Kreuzburg, Schloß Ellguth, Kuhnau, Kreis Kreuzburg OS, Bierdzan, Niewa, Podewils, Neu- und Alt Budkowitz, Dambinietz, Georgenwerk und Süßenrode, Kreis Oppeln.

bilden einen Sperrbezirk. In ihm sind sämtliche Hunde an solchen Orten festzulegen (anzuketten oder sicher einzusperren), die fremden Hunden nicht zugänglich sind. Der Festlegung gleichzuachten ist das Führen der mit einem sicheren Maulkorbe versehenen Hunde an der Leine.

2. Aus dem Sperrbezirke dürfen Hunde nur mit polizeilicher Erlaubnis und nach vorheriger tierärztlicher Untersuchung ausgeführt werden. Wird die Genehmigung zur Ausfuhr eines Hundes erteilt, so ist die Ortspolizeibehörde des Bestimmungsortes rechtzeitig zu benachrichtigen. Während der Ueberführung und am Bestimmungsort ist der Hund den gleichen Beschränkungen zu unterwerfen, die für ihn zur Zeit der Ausfuhr am Herkunftsorte vorgeschrieben waren.

Als Ausfuhr im Sinne dieser Vorschriften gilt nicht die vorübergehende, weniger als 24 Stunden dauernde Entfernung von Hunden aus dem gefährdeten Bezirke bei Spaziergängen, Ausflügen und ähnlichen Gelegenheiten, sofern die Hunde hierbei nicht mehr als 20 km in der Luftlinie vom Herkunftsorte entfernt werden. Eine solche Entfernung ist ohne ortspolizeiliche Genehmigung und ohne tierärztliche Untersuchung, aber nur

nym okręgiem w kaganiec zaopatrzone i na lince prowadzone być muszą.

3. Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

Używanie psów pasterskich, na polowanie, dla policji i dla zarządu celnego podczas przysługi bez kagańca i liny wolno, że psy w czasie wolności są uwiązane.

4. Przy wyjściach dworców kolejowych w okręgu zagrożonym powinno się na miejscach widnych umieścić tablice z napisem wyraźnym: „zamknięcie psów".

5. Psy, które naprzeciw niniejszego rozporządzenia będą natrafione, wolno zaraz zabić albo uwięzić. Policja miejsca rozsądzi zabicie psów. Prócz żandarmów i urzędników policji także myśliwi i strażnicy leśni i polni, jako też urzędnicy graniczni przy wykonywaniu swojej służby mają prawo psy zastrzelić.

6. Powyższe rozporządzenia mają natychmiast ważność i zatrzymają znacznie aż do 21-go czerwca bh.

7. Postępowania przeciwko powyższym rozporządzeniom będą według §§ 74—77 prawa zarazy na bydło z dnia 26-go czerwca 1909 r. karane.

Opole, dnia 29-go marca 1920 r.

Prezydent rejencji.

I. V.: Tidick.

unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde auch außerhalb des gefährdeten Bezirks mit einem sicheren Maulkorbe versehen sein und an der Leine geführt werden müssen.

3. Im Sperrbezirk ist die **Benutzung der Hunde zum Ziehen** unter der Bedingung gestattet, daß sie dabei fest angeschirrt, mit einem sicheren Maulkorbe versehen und außer der Zeit des Gebrauchs festgelegt werden.

Im Sperrbezirk ist ferner die **Verwendung von Hirtenhunden zur Begleitung von Herden, von Jagdhunden bei der Jagd und von Polizei- und Zollhunden während ihres Dienstgebrauchs** ohne Maulkorb und Leine unter der Bedingung gestattet, daß die Hunde außer der Zeit des Gebrauchs im Sperrbezirke festgelegt werden.

4. An den Ausgängen der in den Sperrbezirken vorhandenen Bahnhöfe sind Tafeln mit der deutlichen und haltbaren Aufschrift „Hundesperre" leicht sichtbar anzubringen.

5. Hunde, die obigen Vorschriften zuwider umherlaufend betroffen werden, sind sofort zu töten oder einzufangen. Ueber die Tötung eingefangener Hunde entscheidet die Ortspolizeibehörde. Zum Erschießen der Hunde sind neben den Gendarmen und Polizeivollzugsbeamten, auch Förster, Feld- und Waldaufseher, sowie die Grenzwachbeamten gelegentlich der Ausübung des Grenzschutzes befugt.

6. Obige Anordnungen treten sofort in Kraft. Sie behalten Geltung bis zum 21. Juni 1920 einschließlich.

7. Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen werden nach §§ 74—77 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 bestraft.

Oppeln, den 29. März 1920.

Der Regierungspräsident.

J. V. Tidick.

Druck von H. Wellhausen in Oppeln